



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

3/2020

Demokratie schützen – Gerechtigkeit für George Floyd



Auszug aus der Resolution des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands für Solidarität, Respekt und Menschenwürde

(...) Die Tötung von George Floyd macht besonders deutlich, wie wichtig es ist, dass staatliche Institutionen von demokratischen Werten geprägt sind. Demokratische Werte sind unabdingbar für eine solidarische Gesellschaft und ein gutes, friedliches Zusammenleben. Die DGB-Gewerkschaften engagieren sich gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierungen aller Art.

Unser Wirken ist darauf ausgerichtet, soziale und gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Wir setzen uns ein für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung gehört dazu auch, Formen einer politischen Streitkultur zu wahren, die demokratischen Werten und Regeln entsprechen. Unsere Demokratie zeigt auch in der Krise – sie funktioniert. Umso wichtiger ist es, jetzt auch gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und zu stärken.

(...) Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf: Lasst uns gemeinsam für Solidarität und Vielfalt und gegen Rassismus eintreten – ob in Deutschland, den USA oder anderswo. Wir tun dies gewaltfrei und zusammen mit allen anderen demokratischen, friedlichen Antifaschist*innen. Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratie gehören zusammen.

Die Resolution in der Gesamtfassung findet ihr unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++7f627e46-aa6d-11ea-8da8-52540088cada>



„Das sind Realitäten, die für viele weiße Kolleg*innen absolut unvorstellbar sind.“

Interview mit Hae-Lin Choi, CWA, über Black Lives Matter und gewerkschaftliche Verantwortung im Kampf gegen Rassismus

Nach dem mit mehreren Handykameras gefilmten Mord an dem schwarzen US-Amerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten erlebt das Land unter dem Slogan #BlackLivesMatter eine Welle von massiven Protesten gegen Rassismus. Die zum Teil auch gewalttätigen Konfrontationen richten sich nicht mehr allein gegen Polizeigewalt, von der schwarze Menschen in den USA überdurchschnittlich häufig betroffen sind. Die ver.di Schwestergewerkschaft in den USA, Communication Workers of America (CWA), hat sich als Gewerkschaft der Beschäftigten im Bereich Telekommunikation mit eigenen Aktionen, Aufrufen (s. <https://tk-it.verdi.de/themen/nachrichten/++co++ee71be90-a5a0-11ea-8a7a-001a4a160119>) und interner Aufklärungsarbeit an der Black Lives Matter Bewegung beteiligt. Wir sprachen mit Hae-Lin Choi, Leiterin der Abteilung Politische Planung der CWA im Bundesstaat New York, über die Gründe für die starken Proteste und welche Forderungen die Gewerkschaften stellen.

Rassismus hat eine lange Geschichte in den USA und auch der Kampf dagegen. Es gab in den letzten Jahren viele Protestwellen gegen Polizeigewalt, die wieder abebbten. Warum ist der Fall von George Floyd zu einer nationalen Debatte geworden?

Wir erleben gerade eine Doppelkrise: Die Corona-Pandemie, die in den USA viel mehr Todesopfer als in Deutschland fordert, hat vielen Menschen nochmal deutlich gezeigt, wie strukturell ungleich die Gesellschaft ist. Schwarze Menschen und People of colour haben eine dreimal so hohe Sterbe- und Infektionsrate aufgrund ihrer Lebensbedingungen und des damit verbundenen Gesundheitszustands. Sie arbeiten häufiger ungeschützt und werden schneller arbeitslos. Und das ist das Ergebnis der anderen Pandemie, die dieses Land seit 400 Jahren im Griff hat: Dem strukturellen Rassismus.

Viele Leute sagen, dass sie es satt haben solche Zustände immer wieder anzuprangern, ohne dass sich etwas ändert. Der unglaublich brutale Mord, der sich im Netz rasend schnell verbreitet, hat die durch Corona verstärkte Wut und den Zorn über diese Verhältnisse zum Explodieren gebracht, die Proteste sind jetzt in ihrer Zusammensetzung viel vielfältiger als früher.

Weil es auch zu vielen gewaltsamen Konfrontationen kam, sind die Forderungen der Bewegung in den Hintergrund gerückt. Kannst du sie kurz darstellen?

Tatsächlich kann man die Stärke der Bewegung darin sehen, dass im Moment seitens der Politik auf der regionalen Ebene schon viele lange bestehende Forderungen erfüllt wurden, wie mehr öffentliche Transparenz darüber herzustellen, ob Polizist*innen schon einmal wegen erhöhter Gewalttaten aufgefallen sind.



Hae-Lin Choi, Leiterin Politische Planung bei der US-Gewerkschaft Communication Workers of America (CWA)
(Foto: Hae-Lin Choi)

Eine wichtige Forderung ist die nach der teilweisen Umverteilung der Mittel, die bisher an die Polizei gingen, zugunsten sozialer Arbeit, zum Beispiel im Umgang mit psychisch Erkrankten und Obdachlosen oder um die Gewalt an den Schulen einzudämmen. Also mehr Geld für Soziales, als für einen autoritären Umgang mit gesellschaftlichen Problemen. In Minneapolis, wo Floyd umgebracht wurde und der Täter erstmal im Dienst blieb, wurde aufgrund des Drucks entschieden, die Polizeibehörde komplett neu zu strukturieren.

Und wie habt ihr als Gewerkschaft reagiert, habt ihr viele von Rassismus betroffene Mitglieder?

Ja, aber wir wissen auch, dass sich die Mitglieder sehr unterschiedlich auf die Branchen verteilen. Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns stärker gegen Rassismus engagieren und es dabei nicht bei schönen Erklärungen belassen. Wir haben uns verpflichtet mehr offenen Dialog zwischen den Mitgliedern über Rassismus zu initiieren und konkrete Schritte zu vereinbaren, wie wir inklusiver werden können.

Und welche konkreten Aktionen sind daraus zur Unterstützung von Black Lives Matter entstanden?

Ein paar Tage nach dem Mord gab es für symbolische 8 Minuten und 46 Sekunden, die der Todeskampf von Floyd dauerte, landesweite walkouts unter dem Hashtag #walkoutforblacklives, bei denen Kolleg*innen ihren Arbeitsplatz verlassen haben und gegen Rassismus protestiert haben, das war einmalig für CWA und besonders gerührt war ich davon, wie viele weiße Mitglieder sich an der Aktion beteiligt haben.

Das Interview in voller Länge findet Ihr in der Online-Ausgabe des Magazins unter: www.gelbehand.de

Interview: Romin Khan, ver.di, stellv. Vorsitzender des Kumpelvereins.



(Foto: Hamado Dipama)

„Wir erleben vielerlei Demütigungen im öffentlichen Leben.“

Ein Gespräch mit Hamado Dipama, unserem ver.di-Kollegen aus München und dem Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates, über den Alltag schwarzer Menschen in Deutschland

In der „Zweiten EU-Erhebung zu Minderheiten und Diskriminierung“

der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2018 wurden schwarze Menschen in den EU-Ländern befragt, warum sie rassistische Vorfälle den Behörden nicht gemeldet hätten. Zwei am häufigsten genannte Gründe waren: „Der Vorfall war es nicht wert, gemeldet zu werden. Es passiert die ganze Zeit über“ und „Es ändert nichts, wenn ich es melde“. Ist das ein Beweis für den strukturellen Rassismus, die Hoffnungslosigkeit der Betroffenen oder den kompletten Mangel an Sensibilisierung in der weißen Bevölkerung?

Ich würde sagen, der strukturelle Rassismus und der Mangel an Sensibilisierung gehören dazu, aber auch vielmehr als die die zwei genannten Gründe.

Aber fangen wir mit den genannten Gründen an: Der Institutionelle und strukturelle Rassismus machen uns Betroffenen hier in Deutschland und in vielen weiteren EU-Ländern sehr zu

schaffen. Wir erleben ihn auf allen Ebenen: Als Schwarze Menschen* haben wir nicht die gleichen Chancen wie ein weißer Mensch auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben. Wir haben nicht die gleichen Chancen auf dem Wohnungsmarkt, nicht in Bildungsinstitutionen und nicht mal beim Einkaufen oder in der Freizeit. Das ist unser Alltag als Schwarze Menschen in Europa, in den USA und in den arabischen Ländern und führt dazu, dass diese Erfahrung als „normal“ empfunden und meist angenommen wird. Wir werden sehr oft ohne Konsequenz diskriminiert und zwar bewusst oder unbewusst. Viele von uns ertragen es meistens aus Hilflosigkeit oder als Überlebensstrategie und versuchen die Sache als harmlos zu betrachten bis sie tötlich wird.

Ich darf hier erwähnen, dass trotz dieser oben genannten Situation von Schwarzen Menschen der Begriff „Anti-Schwarzer Rassismus“ zum erstmal 2018 in einem offiziellen Dokument in Deutschland erschienen ist. Dies erfolgte auf Druck von Betroffenen im Zuge der Erstellung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus. Ich darf auch

hier erwähnen, dass der Begriff „Rasse“ ein Bestandteil des Deutschen Grundgesetzes und der dazugehörigen Rechtsgrundlagen ist.

Nun zum Mangel an Sensibilisierung der Weißen: Ja, vielen fehlt es an Sensibilisierung aber viele sind auch nicht bereit, sich ihre Privilegien einzugestehen, geschweige denn, diese in Frage zu stellen. Eine Sensibilisierung kann stattfinden, wenn endlich erkannt wird, dass wir eine Gesellschaft haben, die ein Rassismus-Problem hat. Dieses Bewusstsein ist leider noch nicht vorhanden. Ein weiterer Grund für das mangelnde Bewusstsein und die mangelnde Sensibilisierung ist die fehlende Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit der Länder Europas wie Deutschland. (...)

Diskriminierung bei der Wohnungssuche, Kontrollen der Polizei und Diskriminierung in der Arbeitswelt sind Diskriminierungserfahrungen, die häufig von schwarzen Menschen genannt werden. Was macht es mit einem Menschen, wenn er immer wieder mit Diskriminierung und Rassismus in diesen Lebensbereichen konfrontiert wird?

Ja, an vielen öffentlichen Orten oder in den Zügen werden wir, Schwarze Menschen, aufgefordert, unsere Pässe zu zeigen und wir erleben vielerlei Demütigungen im öffentlichen Leben. Bei der Wohnungssuche müssen sogar viele von Rassismus betroffene Menschen einen weißen Mentor haben und trotzdem scheitern sie spätestens bei der Besichtigung. Die Jugendlichen werden offensiv vor den Diskotüren abgewiesen, weil sie nicht als Teil des „WIR“ angesehen werden. All dies hat viele negative Wirkungen auf die Betroffenen wie zum Beispiel: Persönlichkeitsstörung, Ohnmacht, Wut, Angst, Zweifel, Rückzug, Entfremdung, das Gefühl, nicht zum „WIR“ dazuzugehören, und nicht zuletzt führt dies zu einer Radikalisierung. Hier muss ich klar sagen, dass wir – Menschen, die von Rassismus betroffen sind – diesen Zustand mit seinen negativen Wirkungen nicht mehr lange annehmen bzw. dulden werden. Mein Appell an jede*n Betroffene*n ist, Rassismus und Diskriminierung nicht anzunehmen, da wir als Teil der Bürger*innen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. (...)

Das Gespräch in voller Länge findet Ihr in der Online-Ausgabe des Magazins unter: www.gelbe-hand.de

* Red. Anmerkung: In Deutschland leben mehrere hunderttausend Schwarze Deutsche. Dabei handelt es sich nicht um die Beschreibung einer Hautfarbe, sondern um eine politische Selbstbezeichnung. Begriffe wie »Farbige« oder »Dunkelhäutige« lehnen viele ab. Die Initiative »der braune mob e.V.« schreibt: »Es geht nicht um »biologische« Eigenschaften, sondern gesellschaftspolitische Zugehörigkeiten.« Um das deutlich zu machen, plädieren sie und andere dafür Schwarz groß zu schreiben; Aus: <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/schwarze-deutsche/>

Ein Raum gegen das Vergessen

Initiative 19. Februar Hanau eröffnet eine Anlaufstelle gegen Rassismus und für das Erinnern



(Foto: Initiative 19. Februar, <https://19feb-hanau.org/>)

Seit dem rassistischen Mordanschlag von Hanau sind über 4 Monate vergangen. Der Rechtsextremist Tobias R. ermordete an diesem Tag in einer Shisha-Bar und einem Kiosk neun junge Menschen, darunter auch einen jungen IG-BCE-Kollegen. Es ist kein Zufall, dass alle Opfer einen Migrationshintergrund hatten. Der 19. Februar ist ein Tag, der uns wieder verdeutlicht, dass Rassismus tödlich ist!

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov waren die Opfer dieses rechtsextremistisch motivierten Mordanschlags. Es waren Menschen, die mit uns zur Schule gingen, mit denen wir in den Betrieben dieselbe Schicht teilten oder denen wir auf der Straße begegneten. Es waren junge Menschen, die genauso wie ihre Altersgenossen mit Hoffnungen und Ängsten auf die Zukunft blickten. Leider wurden sie von einem menschenverachtenden Täter aus dem Leben gerissen!

Damit die Erinnerung an die Opfer dieser menschenverachtenden Tat aufrecht erhalten bleibt, hat sich die Gruppe „Initiative 19. Februar Hanau“ gebildet. Ziel der Initiatoren ist es, ein Gehör für die Belange der Angehörigen der Opfer und der Verletzten dieser Tat zu schaffen. Die Initiatoren*innen bekräftigen in ihrem Gründungstext, dass Hanau ihre Stadt, ihr Zuhause ist und sie für die Vielfalt in unserer Gesellschaft stehen. Insbesondere wollen sie die Angehörigen

beim Kontakt zur Rechtsberatung oder psychologischen Beistand unterstützen. Auch soll finanzielle Unterstützung für Angehörige und Verletzte geleistet werden.

Mit „Ein Raum gegen das Vergessen“ hat die Initiative 19. Februar eine Anlaufstelle gegen Rassismus und für das Erinnern geschaffen. Die Anlaufstelle „140 qm gegen das Vergessen“, soll dazu dienen, dass die Angehörigen über ihre Trauer reden können und die Opfer von Rassismus Solidarität erfahren. Als Anlaufstelle für Beratung gegen Rassismus soll die Räumlichkeit am Heumarkt in Hanau als ein „Raum der Begegnung, der Erinnerung und des Vertrauens“ sein. Die Anlaufstelle soll auch eine Möglichkeit für Vernetzung in puncto Antirassismusarbeit bieten.

Für ihre Arbeit ist die Initiative 19. Februar auf Spendengelder angewiesen, damit u.a. die Mietkosten für den „Raum gegen das Vergessen“ abgedeckt werden können. Hierzu läuft eine Spendenaktion. Falls ihr die Spendenkampagne für den „Raum gegen das Vergessen“ unterstützen wollt, könnt ihr eure Spende an die folgende IBAN Adresse mit der Angabe der folgenden Daten entrichten:

Lückenlos e.V.
IBAN: DE19430609674108589900
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank Bochum
Verwendungszweck: „19Februar“

„Unsere Grundüberzeugungen sind den Rechtsextremen ein Dorn im Auge.“

DGB reagiert auf Hetze der rechtsextremen Identitären Bewegung

Ende Mai spannten fünf Aktivist*innen der rechtsextremen Identitären Bewegung ein Transparent an der Fassade des Willi-Bleicher-Hauses (Gewerkschaftshaus) in Stuttgart auf, sie zündeten Bengalos an und versprühten rote Farbe. Die Polizei entfernte das Plakat und sprach Platzverweise aus. Martin Kunzmann, DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg, verurteilte diese Aktion auf Schärfste und sprach von einem „feigen, hinterhältigen Anschlag“, er stellte klar: „Wir wollen, dass diejenigen, die für diese Aktion verantwortlich sind, strafrechtlich verfolgt werden. Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen sind demokratische Organisationen, die Gewalt ablehnen.“ Hintergrund der Aktion war ein Vorfall Wochen davor, am Rande einer Demo gegen Corona-Beschränkungen, als drei Mitglieder der rechten Betriebsratsliste „Zentrum Automobil“ von bisher unbekannt Tätern angegriffen wurden. Einer von ihnen wurde schwer verletzt. Die vom Verfassungsschutz beobachtete Identitäre Bewegung instrumentalisierte daraufhin diesen Überfall, um den DGB mit einer Hassbotschaft zu verunglimpfen und ihm eine Mittäterschaft zu unterstellen. In einer Solidaritätsbekundung vor



dem Willi-Bleicher-Haus unter dem Motto „Demokratie stärken und schützen“ stellten sich Anfang Juni mehr als hundert Gewerkschafter*innen der rechten Propaganda entgegen. DGB-Landeschef Kunzmann betonte: „Unsere Grundüberzeugungen sind den Rechtsextremen ein Dorn im Auge. Gleiche Rechte für alle Menschen, grenzüberschreitende Solidarität, das Recht auf Asyl – das sind die Werte, die die Identitären bekämpfen. Es sind unsere Werte! Deshalb setzten wir heute gemeinsam ein Zeichen: Wir schützen unsere Demokratie. Wir sind mehr und wir sind sichtbar. Wo auch immer die Feinde der Demokratie auftreten, stellen wir uns ihnen entgegen. Unsere Werte sind Respekt, Vielfalt, Gleichberechtigung. Wir sind bunt, weltoffen, solidarisch. Wir stehen dafür, dass die Würde des Menschen unantastbar ist – unabhängig von seiner Herkunft, Nationalität, Religion und Neigung. Wir stehen für die Unversehrtheit jedes Menschen. Wir verurteilen jede Form von Gewalt.“ Unser Vorsitzender Giovanni Pollice unterstreicht mit Blick auf den Vorfall: „Wir, die Gelbe Hand, stehen solidarisch an der Seite des DGB in Stuttgart und all jener, die Zielscheibe rechter Hetze werden. In uns hat der Rechtsextremismus einen entschiedenen Gegner.“

Verschwörungsmythen und Antisemitismus in Corona-Zeiten

Die Gelbe-Hand informiert über die Gefahr durch Verschwörungsmythen



*Ein neues, globales Virus und noch viele ungeklärte Fragen. Dies scheint der perfekte Nährboden für Verschwörungsmythen zu sein – denn diese haben seit Anfang der Corona-Krise Hochkonjunktur. Auch unter Arbeitnehmer*innen kursieren Halbwahrheiten und teils krude Gerüchte – verbreitet über Whatsapp-Gruppen, in sozialen Medien, über die Plattform Youtube. Sie zu erkennen und zu entlarven, schützt unsere Demokratie.*

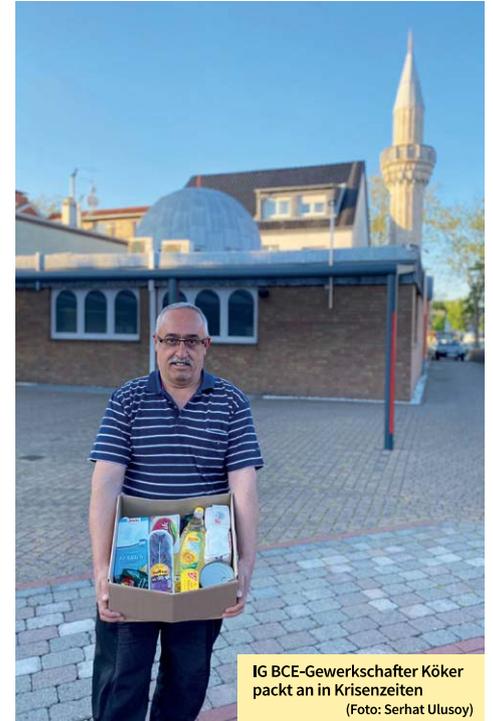
Ein Jahrhunderte altes Phänomen beruht darin, in großen Krisen einen Verantwortlichen zu suchen – oft wurde und wird dabei die Glaubensgemeinschaft der Juden zum Sündenbock stilisiert. Im Kern geht es bei den tradierten Mythen stets um eine „jüdische Weltverschwörung“, die einem großen Masterplan folgt, um die Menschheit – alle Nicht-Jüd*innen – zu versklaven oder zu vernichten. Alles läuft dabei auf einen apokalyptischen Kampf der „Guten“ gegen die böse Verschwörung hinaus. Damit liefern Antisemit*innen und die Anhänger dieser Verschwörungsideologien eine vermeintliche „Erklärung“ für widersprüchliche politische, wirtschaftliche und geschichtliche Ereignisse. Historisch reichen solche Vorwürfe von „Christusmord“ und „jüdischen Brunnenvergiftungen“ im Mittelalter über vorgebliche Umsturzpläne in der Neuzeit (wie z. B. im erfundenen, gefälschten Pamphlet der „Protokolle der Weisen von Zion“ geschildert) bis hin zur heimlichen Kontrolle der Finanzwelt in der Moderne. Bestimmte Eigenschaften einer

„korrupten, hinterlistigen, manipulativen Elite“ aus Politik, Wirtschaft und Medien beruhen auf den alten Stereotypen gegenüber Juden. Man kann sagen, eine Verschwörungsideologie ist daher, zumindest strukturell, immer antisemitisch. Heutzutage tritt der Antisemitismus aufgrund der weitgehenden gesellschaftlichen Ächtung nicht offen, sondern subtil in Codes zu Tage. Bekannte Chiffren sind die Familie Rothschild oder der amerikanisch-ungarische Finanzmanager George Soros. Auch aktuell wird der Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und einer NWO (Neuen Weltordnung) suggeriert, für deren Entstehung jüdische „Eliten“ verantwortlich gemacht werden. Solche Verschwörungsmythen, die eine Gruppe stigmatisieren und zum Kampf „Gut“ gegen „Böse“ aufrufen, sind im Kern demokratiefeindlich – und gefährlich. Der Holocaust ist das schlimmste Beispiel dafür, worin der antisemitische Wahn einer „jüdischen Weltverschwörung“ enden kann. Und auch im Jahr 2019 radikalisierte sich der Attentäter von Halle, der eine Synagoge stürmen wollte, wohl im Internet mittels antisemitischer Verschwörungsmythen.

Weiterführende Infos zu Verschwörungsmythen und Antisemitismus findet ihr u. a. auf der Seite der Amadeu-Antonio-Stiftung:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>.

Gelebte Solidarität in Krisenzeiten

Gewerkschafter und Gelbe-Hand-Fördermitglied Haluk Köker hilft den Schwächsten in der Corona-Krise



IG BCE-Gewerkschafter Köker packt an in Krisenzeiten
(Foto: Serhat Ulusoy)

Ein Wort, das in Corona-Zeiten häufig bemüht wurde, war das der Solidarität. Oft blieb es nicht nur beim Wort, die Solidarität wurde ganz praktisch, im Alltag, von verschiedenen Gruppen und Organisationen, mit Leben gefüllt. Solidarität ist ein Grundbegriff der Gewerkschaftsbewegung. Selbstverständlich haben auch Gewerkschafter*innen daher in diesen Krisenzeiten bundesweit mit angepackt, um Betroffenen der Corona-Krise, den Älteren und oft Schwächeren in der Gesellschaft bei Seite zu stehen. Stellvertretend für dieses Engagement soll hier das unseres langjährigen Gelbe-Hand-Fördermitglieds und Mitglied des interkulturellen Bundesarbeitskreises der IG BCE, Haluk Köker, genannt werden. In seiner Gemeinde im nordrhein-westfälischen Ahlen hat Köker gemeinsam mit einer Initiative muslimischer Vereine zur Zeit des islamischen Fastenmonats Ramadan Lebensmittelpakete an Bedürftige verteilt. Dazu wurden täglich Päckchen aus gespendeten Zutaten zusammengestellt und ausgefahren. Rund 500 Pakete wurden allein bis Mitte Mai ausgeliefert. Herkunft oder Religion spielten dabei keine Rolle. „Der Ramadan steht im Zeichen der Nächstenliebe“, erklärt Köker, „Für mich als Muslim und aktiven Gewerkschafter war es wichtig, in dieser schwierigen Zeit denen zu helfen, die es nötig haben. Wir haben die Pakete auch an Obdachlose und Geflüchtete verteilt.“ Mit dieser Aktion wollte man auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Das IG BCE-Mitglied Köker betont: „Solidarität ist das Gebot der Stunde und gilt allen Menschen – unabhängig ihrer Herkunft.“ Er hofft, dass auch nach der Krise dieser gewerkschaftliche Grundwert weiterhin so gelebt wird.

Kommunal total banal? AfD und extreme Rechte in NRW vor der Kommunalwahl

Broschüre des Monats

Am 13. September 2020 finden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt. Zwar scheint die AfD in Corona-Zeiten mit innerparteilichen Konflikten beschäftigt, aber: Die Wahlen finden unter besonderen Bedingungen und unter dem Eindruck der Corona-Pandemie statt, deren soziale Folge bestehende Ungerechtigkeiten und Schiefen verschärfen werden. Eine besondere Herausforderung bei der Krisenbewältigung kommt auf die Kommunen zu, die gerade in NRW, auch schon vor der Krise mit leeren Kassen zu kämpfen hatten. Die AfD und andere rechtspopulistische und rechtsex-



tremer Akteur*innen versuchen, in dieser Gemengelage Profit aus der Verunsicherung der Menschen zu ziehen. In der Broschüre des DGB NRW „AfD und extreme Rechte in NRW vor der Kommunalwahl“ wird beleuchtet, wie sich die AfD und ihr extrem rechtes Umfeld (vor allem in NRW) personell verzahnen und strategisch aufstellen. Analysiert werden u. a. ihre provokantes Auftreten im Landtag, ihre Feindbilder, der Sozialpopulismus als wahltaktische Inszenierung sowie die Nutzung und Vernetzung in sozialen Medien. Für die DGB NRW-Vorsitzende Anja Weber ist eines klar: „Wer hetzt, spaltet und abwertet, statt solidarisch und lösungsorientiert nach den besten Konzepten für heute und morgen zu suchen, ist für die Gewerkschaften kein Bündnispartner. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, die die Herausforderungen gemeinsam angeht und die Held*innen des Alltags in den Mittelpunkt stellt. Deshalb müssen wir auch auf jene schauen, die versuchen einen Keil in diese Gesellschaft zu treiben. Das zu verhindern, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht.“ Mit Blick auf die Kommunalwahlen bietet die Broschüre allen kommunalpolitisch Engagierten, Multiplikator*innen und aktiven Gewerkschafter*innen wichtiges Grundlagenwissen für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in NRW. Die Broschüre zum Download gibt es unter: <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++40479548-b625-11ea-b194-52540088cada>

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

Buchvorstellung

Die zunehmende Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft macht auch vor den Werkstoren nicht Halt und prägt den betrieblichen Alltag: Ob im Pausenraum, auf Betriebsfeiern oder am Rande von Teamgesprächen – immer häufiger werden Beschäftigte mit rechtspopulistischen, zum Teil sogar extrem rechten Sichtweisen konfrontiert. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur den innerbetrieblichen Zusammenhalt, sondern stellen auch die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung vor neue Herausforderungen. Der im Frühjahr dieses Jahres erschienene Sammelband „Rechtspopulismus in der Arbeitswelt – Hintergründe, Erscheinungsformen, Handlungsoptionen“, herausgegeben von Björn Allmendinger, Regionalleiter Arbeit und Leben Niedersachsen, und Dr. Sascha Howind, Leiter der Pressestelle der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, geht diesen Herausforderungen und Fragestellungen nach. Wie können Betriebs- und Personalrät*innen, Vertrauensleute oder ehrenamtlich Engagierte rechtspopulistischen Anfeindungen begegnen? Welche Rückschlüsse für die eigene Arbeit sind aus den vergangenen Auseinandersetzungen mit rechtspopulistischen Akteur*innen zu ziehen? Die im Band versammelten Beiträge beleuchten die unterschiedlichen Facetten des Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Dabei werden sowohl aktuelle Erscheinungsformen und Hintergründe des Rechtspopulismus als auch Ansätze der politischen Bildungsarbeit erörtert.



Mehr Infos zum Sammelband findet ihr auf der Seite des Verlags: <https://www.offizin-verlag.de/Bjoern-Allmendinger-Sascha-Howind-Hg-Rechtspopulismus-in-der-Arbeitswelt-Hintergruende---Erscheinungsource=2&refertype=7&referid=140>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Riemy Chukri**, IG BCE, Köln
2. **Jan Luis Kolmer**, IG BCE, Mitglied der JAV, Kerpen
3. **Carl-Julius Mende**, IG BCE, Mitglied im BJA, Köln
4. **Marvin Menzke**, IG BCE, Bedburg
5. **Jörg Nedbal**, IG BCE, Betriebsrat, Vorsitzender des Vertrauenskörpers, Herne
6. **Thomas Rosenland**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär bei der Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgart
7. **Lucas Schwarz**, IG BCE, Mitglied im BJA, Aachen
8. **Lena Widmann**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Berlin

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelich

Fotos: CWA, Hamado Dipama, Initiative 19. Feb., Serhat Ulusoy, DGB

Verlag und Produktion:

digiteam
Volkardeyer Straße 1
40878 Ratingen
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/
gelbehand

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender